

060/2004

Stuttgart, den 01.03.2004

Müllers „Toll Collect“ auf der Schiene

Grüne: Nichtiger Vertrag mit der DB birgt Millionenrisiken - FDP verhindert Wettbewerb

Nach der Rüge der EU-Kommission für den Nahverkehrsvertrag des Landes mit der DB Regio AG drängen die Grünen im Landtag auf eine Stellungnahme der Landesregierung. „Die Landesregierung ist über unsere Kritik am wettbewerbsfeindlichen Vertrag mit der DB bisher großzügig hinweggegangen. Den Vorwurf der EU-Kommission, das Land bevorzuge einseitig die DB und verstoße damit gegen Gemeinschaftsrecht, kann sie nicht aussitzen. Wir verlangen eine klare Stellungnahme gegenüber dem Parlament“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der grünen Landtagsfraktion, Boris Palmer.

Die von den drei Kommissaren für Wettbewerb, Binnenmarkt und Verkehr getragene Beschwerde über eine Verletzung des Gemeinschaftsrechts durch fünf Bundesländer, darunter Baden-Württemberg, ist nach Einschätzung von Palmer sehr ernst zu nehmen. „Die Kommission verlangt Auskunft darüber, ob der Verkehrsvertrag des Landes mit der DB ohne Ausschreibung nach exklusiven und geheimen Verhandlungen zu Stande gekommen ist. Weil nicht einmal der Verkehrsausschuss des Landtags Informationen über die Verhandlungen erhalten hatte, wissen wir sehr genau, dass dies zutrifft. Damit greift die Schlussfolgerung der EU-Kommission, das heißt: Der Verkehrsvertrag stellt eine Verletzung von Gemeinschaftsrecht dar und muss beendet werden.“

In einem Antrag verlangen die Grünen nun von der Landesregierung eine Stellungnahme zu den Vorwürfen der EU-Kommission. Insbesondere wollen Sie Auskunft darüber, welche Vorkehrungen das Land für den Fall getroffen hat, dass der Vertrag mit der DB Regio AG nichtig ist. Dies sieht §13 der Vergabeordnung vor, wenn der Auftraggeber, hier also das Land, gegen seine Informationspflichten verstoßen hat. Palmer: „Wenn das Land die Schuld am Verstoß gegen Gemeinschaftsrecht trägt, könnte dies im schlimmsten Fall Regressforderungen der DB Regio auslösen. Verkehrsminister Müller sollte wegen schlecht verhandelter Mautverträge in Zukunft keine Steine mehr aus seinem Glashaus werfen.“

Nach Meinung der Grünen dürfte die EU-Kommission auch interessieren, dass der Vertrag mit der DB nicht nur durch sein Zustandekommen offenkundig konkurrierende Eisenbahnunternehmen benachteilige. Nach Berechnungen der Grünen Landtagsfraktion, werden - anders als von der Landesregierung immer wieder betont - bis 2016 nicht 35% des heutigen Auftragsvolumens der DB ausgeschrieben, sondern lediglich 20%. Palmer: „Die EU-Kommission dürfte diesen Wettbewerbsausschluss kaum durchgehen lassen. Es rächt sich nun, dass die Landesregierung der DB mehr als vier Milliarden Euro zugeschanzt hat, um Hartmut Mehdorns Wohlwollen für Stuttgart 21 zu sichern.“ Palmer erinnerte daran, dass die EU-Kommission bereits vor drei Jahren einen Versuch des Landes, der DB für Stuttgart 21 indirekt unter die Arme zu greifen, gestoppt hat.

Für die Kunden ist die aktuelle Entwicklung nach Meinung der Grünen erfreulich. Palmer ist der Überzeugung, dass durch mehr Wettbewerb auf der Schiene die Qualität und die Quantität des Zugangebots verbessert werden können. „Es ist mir unbegreiflich, wie die FDP im Land es rechtfertigt, dass die Bahnkunden unter Wettbewerbsverhinderungspolitik der Landesregierung leiden müssen, bis die EU einschreitet.“